

17. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Martin Delius (PIRATEN)

vom 25. Juni 2013 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 26. Juni 2013) und **Antwort**

Heute so, morgen so – Wie stehen der heutige Senator für Inneres und der heutige Senator für Gesundheit und Soziales zu ihrem vormaligen Kampf für „mehr Lebensqualität für alle Berlinerinnen und Berliner durch bürgerfreundliche Flugrouten und bessere Lärmschutzmaßnahmen“?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie haben der heutige Innensenator Frank Henkel und der heutige Senator für Gesundheit und Soziales Mario Czaja sich bislang für die von ihnen noch im Jahr 2010 vertretenen Forderungen an den damaligen Senat eingesetzt, wonach dieser „seine Einflussmöglichkeiten bei der Flugroutenplanung und der Ausgestaltung von Lärmschutzmaßnahmen vollständig nutzen“ solle und sich bei der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH, der Brandenburger Landesregierung sowie der Bundesregierung dafür einzusetzen habe, „dass die Grundlagen und Beschlüsse der bisherigen Planungen [...] beibehalten und nicht über Nacht in Frage gestellt werden“? (vgl. Antrag der Fraktion der CDU v. 16. 11. 2010, mitunterzeichnet v. Herrn Henkel und Herrn Czaja; DS 16/3638)?

2. Auf welche Art und Weise haben die heutigen Senatoren Henkel und Czaja ihr damaliges Anliegen bisher im Senat vertreten?

3. Auf welche Art und Weise haben die heutigen Senatoren Henkel und Czaja ihr damaliges Anliegen bisher gegenüber den in Frage 1. genannten Stellen vertreten?

4. Was war das jeweilige Resultat der Bemühungen der heutigen Senatoren Henkel und Czaja gegenüber den in Frage 1. genannten Stellen?

5. Wie haben sich die heutigen Senatoren Henkel und Czaja bisher für ihr 2010 vertretenes Anliegen, wonach der Senat eine „auskömmliche und bedarfsgerechte Finanzierung des beschlossenen Lärmschutzprogramms für alle betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner“ zu gewährleisten habe, eingesetzt? (DS 16/3638)

6. Wie haben sich die heutigen Senatoren Henkel und Czaja bisher für ihr 2010 vertretenes Anliegen, wonach der Senat „in Zusammenarbeit mit der Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH (FBS) einen Ausgleichsfonds für betroffene Grundstücksbesitzer“ einzurichten habe, „der sich am erfolgreichen CASA-Programm der Fraport AG des Flughafens Frankfurt orientiert“, eingesetzt? (DS 16/3638)

Zu 1.-6.: Der Innensenator ist Mitglied des Aufsichtsrats der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB). In dieser Funktion befasst er sich auch mit den genannten Themen. In den vertraulichen Sitzungen des Aufsichtsrats finden vielfach Erörterungen statt, die im Zusammenhang mit Flugrouten und Lärmschutzmaßnahmen stehen. Hierzu tragen die Mitglieder des Aufsichtsrats ihre Auffassung vor. Im Übrigen wird auf den Geschäftsverteilungsplan des Senats verwiesen.

Die Zuständigkeit der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales ist bezüglich des Flughafens BER auf den umweltbezogenen Gesundheitsschutz beschränkt. Senator Czaja hat sich daher in diesem Zusammenhang mit Schreiben vom 03.02.2012 und Schreiben vom 14.02.2012 sowohl an die Geschäftsführung der Flughafengesellschaft FBB als auch an den zuständigen Minister des Landes Brandenburg, Jörg Vogelsänger, mit der Bitte gewandt, eine Umsetzung der Lärmschutzmaßnahmen fristgerecht vor Inbetriebnahme des neuen Flughafenareals sicherzustellen, um die Betroffenen rechtzeitig vor den negativen Umwelteinwirkungen zu schützen.

7. Stehen die heutigen Senatoren Henkel und Czaja noch immer uneingeschränkt hinter der von ihnen 2010 vertretenen Auffassung: “Dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung muss neben dem Aspekt der Sicherheit des Flugbetriebs die oberste Priorität eingeräumt werden. Der Senat muss die Sorgen und Ängste der Berlinerinnen und Berliner ernstnehmen und in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden in Brandenburg und dem Bund den bestmöglichen Schutz der Anwohner vor Lärm und anderen Umwelteinflüssen garantieren.“? (DS 16/3638)

Zu 7.: Bei den genannten Personen herrscht unverändert die Auffassung, dass neben der Sicherheit des Flugbetriebs auch der Gesundheitsschutz einen prioritären Stellenwert haben muss.

8. Haben Sie dem noch etwas hinzuzufügen?

Zu 8.: Nein.

Berlin, den 08. Juli 2013

In Vertretung

Bernd Krömer
Senatsverwaltung für Inneres und Sport

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 30. Juli 2013)